

FRIGGA HAUG

Politische Subjekte im Neoliberalismus

»Politische Subjekte« zu thematisieren und nicht einfach Subjekte, wie mir aufgetragen war, hat einen doppelten Grund. Es gibt mir die Möglichkeit, zugleich auch von der neuen Partei zu sprechen, die ja auch ein Subjekt ist, und in organischer Verschränkung von der Wechselwirkung der individuellen Subjekte nicht nur mit dem Neoliberalismus, also wie sie von ihm betroffen sind, sondern auch wie sie von einer Linkspartei betroffen sein könnten, bzw. an sozialistischer Perspektive mitarbeiten, wenn es eine solche geben könnte, also wahrhaft politische Subjekte sind.

Während des letzten Wahlkampfs redete ich mit vielen unterschiedlichen Menschen, mit alternativen Gruppen, mit Initiativen, mit Lehrern, also mit allen, die ich gerade traf, um sie für die Linkspartei zu gewinnen. Dabei hatte ich sogar gehofft, Handwerker in der Stadt, in der ich jetzt lebe, Esslingen, anzurühren – aber sie kannten nicht mal den Namen Linkspartei, so war der Weg zu weit. Das war natürlich anders bei einer alternativen Uni in Potsdam, die mich aufrührerisch eingeladen hatte. Jedoch wollten diese zu meiner Überraschung diese Partei auf keinen Fall wählen – wegen der Erfahrungen in Berlin. Die Lehrer, auch alternative, die zur Weiterbildung, auch zur politischen gekommen waren, bekannten sich zur Wahlabstinenz. Rührige, um die politische Kultur verdiente Menschen gestanden, ganz gegen das Parteisystem zu sein und andere, ebenfalls aus dem linksalternativen Wissenschaftsspektrum, arbeiteten gar an einer weiteren Parteigründung, nachdem sie schon aus der WASG ausgetreten waren, weil sie zur Einsicht gelangt waren, dass es nur um die Aneignung von Millionen gehe, um Mandate, um gute Einkommen einer Clique. Auf diese Auffassung stieß ich sogar bei Freunden innerhalb der um jeden Fußbreit kämpfenden PDS-Mitglieder in Bayern.

Diese Reaktionen und Einstellungen sind nicht nur ein schlechtes Zeichen. Schließlich zeigen sie auch, dass die Linke in der BRD weit größer ist als die Zahl der Linkspartei-Wähler. Es ist also mehr zu gewinnen. Auf der anderen Seite sind sie ein Echo auf die Erfahrung, wie sie von Robert *Michels* Anfang des vorigen Jahrhunderts formuliert wurde, dass nämlich die Parteien, kommen sie erst an die Regierung, eine Tendenz zur Bürokratisierung, zur bloßen Machtverwaltung haben und jedenfalls alsbald aufhören, die Interessen derer, die sie gewählt haben, zu vertreten.¹ Man nennt das Entfremdung von der Basis. Die Erfahrung mit der rotgrünen Regierung, die sich zur Vollstreckerin des Neoliberalismus gemacht hat, sitzt allen

Frigga Haug – Jg. 1937, Prof. em. Dr., Mitherausgeberin der Zeitschrift »Das Argument«, Redakteurin des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« sowie von »Forum Kritische Psychologie«; Forschungsschwerpunkte: Frauensozialisation und -politik, Arbeit. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Kampagne. Ein HKWM-Stichwort, Heft 211 (Mai 2008).

1 Vgl. Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. (1911) Stuttgart 1970.

in den Knochen. Ohnmachtsgefühle breiten sich aus, sobald man an Partei und Regierung denkt, sie werden von den Medien weidlich geschürt.

Allerdings sind diese Haltungen auch ein Subjekt-Effekt der neo-liberalen Verfassung von Land und Regierung. Und in dieser Weise zählt auch eine neue linke Partei die Rechnung für die Politik der Rot-Grünen.

Umgekehrt wirkte tatsächlich die Geistesgegenwart von WASG und PDS, sich zur Wahl zusammenzufügen, wie ein Antidepressivum. Sogar die FAZ urteilte: Lafontaine konkurriert mit der Pharmaindustrie, weil die Depressionswerte gesunken seien. Betrachtet man die Wählerstruktur, sieht man von den Nichtwählern ab, haben immerhin 55 Prozent links gewählt und 25 Prozent der Arbeitslosen.

Nach der Wahl gab es allenthalben Aufrufe, die besorgt auf die vor der Linkspartei liegende Arbeit und auf die möglichen Versäumnisse, die Zeit zu nutzen, aufmerksam machten. Da geht es immer wieder um die Verbindung zu den außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen. Am bekanntesten ist vielleicht der Aachener Appell, zumeist von WASG-Mitgliedern unterzeichnet, die ihre Erwartungen beizeiten öffentlich machen: Sie fordern eine glaubwürdige Opposition gegen den Neoliberalismus und gegen Sozialabbau, gegen Militarisierung, Rassismus und verlangen, Alternativen zu zeigen und deren Stützung durch Initiativen vor Ort, durch Foren, Aktionen, Demonstrationen, sie wollen also einen Beitrag der Bundestagsfraktion zum außerparlamentarischen Kampf. Das bedeutet: Schaffung nachhaltiger und emanzipativer Strukturen zur Beteiligung nicht parteigebundener Gruppen und Individuen, eine Neuorientierung von Gesellschaft und Wirtschaft, die ökologisch und sozial verantwortlich sein soll: »Die Hegemonie des Neoliberalismus kann im Parlament allein nicht gebrochen werden.« Die Gewerkschaften sollen von der SPD entflochten werden, damit Widerstand gegen soziale Angriffe durch die große Koalition aufgebaut werden kann. Im Ganzen geht es um die Bildung einer starken handlungsfähigen gesamtdeutschen Linken, für die ein Zeitfenster von zwei Jahren höchstens angenommen wird. Gefordert wird auch eine öffentliche Hinterfragung der möglichen Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin. Die neue Linke müsse mehr sein als eine Addition zweier Parteiapparate.

Alle Besorgnis spricht aus historischer Erfahrung und signalisiert zugleich eine andere Gestaltung von Politik. Dafür lohnt es sich, noch einmal an Antonio Gramsci und Rosa Luxemburg zu erinnern:

Luxemburg findet schon eine Sozialdemokratie vor, wie sie Michels beschwor. In ihr gibt es die Radikalen (Rühle u. a.), die Wahlen boykottieren, weil sie vom Parlament nichts halten. Gegen diese ruft sie auf dem Gründungsparteitag der KPD, dass es nicht darum gehe für oder gegen das Parlament zu sein, sondern »um die geistige Revolutionierung der Massen«. Obwohl es sich in unserer von Sachzwängen und Enttäuschungen gesättigten politischen Sprache verwegen und auch veraltet anhört, zitiere ich sie: »Wir wollen innerhalb der Nationalversammlung ein siegreiches Zeichen aufpflanzen, gestützt auf die Aktion von Außen. Wir wollen dieses Bollwerk von Innen heraus sprengen. Wir wollen die Tribüne der

Nationalversammlung und auch diejenige der Wählerversammlungen.² Sie kritisiert Engels, der den parlamentarischen Kampf (in seinem Todesjahr 1895) als Gegensatz zur »direkten revolutionären Aktion (...) und geradezu als das einzige Mittel des Klassenkampfes betrachtet«³ und damit dem reinen Nur-Parlamentarismus der SPD seinen Segen gab – (unter dem Druck der Reichstagsfraktion, schlecht informiert), um sie »vor anarchistischen Entgleisungen zu retten (...) Von nun an beherrschte diese Auffassung tatsächlich die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Tun und Lassen, bis wir das schöne Erlebnis am 4. August 1914 gehabt haben. Es war die Proklamierung des Nichts-als-Parlamentarismus«⁴, – was sie in der Folge als »Versumpfung und Verlotterung der Arbeiterbewegung« bezeichnet. Unter Kautsky ging es so weiter: »Der offizielle Marxismus sollte als Deckmantel dienen für jede Rechnungsträgerei (...) für jede Halbheit, die die deutsche Sozialdemokratie und überhaupt die Arbeiterbewegung, auch die gewerkschaftliche, zu einem Dahinsiechen im Rahmen und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verurteilte, ohne jedes Bestreben, die Gesellschaft zu erschüttern und aus den Fugen zu bringen.«⁵

Heute, fast 100 Jahre später, sind die Kämpfe zugleich schwieriger und leichter. Die SPD ruft keinen Marxismus mehr zur Legitimierung ihrer Politik, sondern agiert offen neoliberal, aber aus dieser Entwicklung ist die Arbeiterklasse ganz offenkundig geschwächt hervorgegangen.

Dabei geht es immer weiter um den Kampf für den 8-Stunden-Tag, wie damals schon, und um eine Verknüpfung an den Grenzen des Kapitalismus entlang, um Neuerfindung sozialer Politik, gegen Subalternität gegenüber transnational-ökonomischen Prozessen, gegen Politiker als Statthalter im System – die etwa gerade auch noch die Abschaffung der Erbschaftssteuer beschließen.

Antonio Gramsci skizziert in seiner scharfen Kritik an Michels auch, wie im Unterschied oder gar Gegensatz zur charismatisch geführten oder korporatistischen Partei eine linke Partei überall Verbindungen in die Gesellschaft sucht, die Leute versteht, ihre Gefühle kennt, wie ein Katalysator die Möglichkeiten der Einzelnen verdichtet und sie nicht etwa vereinheitlicht, sondern in eine Art aggregierte Handlungsfähigkeit führt.

Und zu den Individuen, welche ja in dieser Veranstaltung in der Frage nach den Subjekten im Neoliberalismus gemeint sind, denkt er, dass im Alltagsverstand die Erfahrungen aus verschiedenen Zeiten und Bewusstsein kritiklos angehäuft werden und je nach Bedarf die eine oder die andere zur Legitimation und Erklärung eigener Handlungen und Entschlüsse hervorgeholt werden kann. Der Alltagsverstand ist für ihn so zugleich die Basis, von der her die Einzelnen sich die Welt zurechtlegen und zu ihrem Nutzen Handlungen durchzuführen suchen, als auch die Behinderung emanzipierter Handlungsfähigkeit. Der Alltagsverstand ist widersprüchlich, zumindest »inkohärent«. Je nachdem, zu welchem Kollektiv die einzelnen Praxen und ihre Zurechtlegungen gehören, werden die Begründungen kulturell verankert. So kann einer zugleich abergläubisch sein in vielen Alltagsentscheidungen, eine wissenschaftliche Weltanschauung haben, sich die Dinge zum Wohle aller zurechtle-

2 Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin, in: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin 1974, S. 485.

3 Ebenda, S. 492 f.

4 Ebenda, S. 493.

5 Ebenda, S. 494.

gen und die Abgabe aller Handlungsfähigkeit an einen Führer in einer anderen Dimension seines Denkens für richtig halten. Er hat, wie man das heute nennt, ein »fragmentiertes« Bewusstsein. Gramsci zog daraus den Schluss, dass jeder Einzelne sich Rechenschaft ablegen müsse, in welcher Schicht seine Urteile jeweils abgelagert sind, ob er selbst sie mit seinem fortgeschrittensten Bewusstsein für angemessen halten könne und so ein Verzeichnis von seinem Alltagsverstand anlegen müsse, dessen Besichtigung und Neuordnung ihm mehr Handlungsfähigkeit in einem von ihm selbst bejahten Sinn ermögliche.⁶

6 Vgl.: Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis, in: Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Gefängnishefte, kritische Gesamtausgabe, Band 6, Heft 10 und 11, Hamburg 1994, S. 1376.

Es kommt also darauf an, zu begreifen, wer die Menschen sind, etwa die *Subjekte* im Neoliberalismus, von denen ich oben sagte, dass sie auch Subjekteffekte neoliberaler Vergesellschaftung sind und nicht einfach Initiativen, soziale Bewegungen, Individuen, die so mir nichts dir nichts in die Politik einbezogen werden könnten, als handle es sich um ein Spiel, an dem jetzt alle, so wie sie sind, mitmachen wollen und können.

Die Subjekte sind vielmehr chaotisch, Anti-Partei, inhomogen, ohne gemeinsame Zielsetzung, zum Teil antisozialistisch. Da schreibt eine Initiative z. B. zur neuen Linkspartei, als »neue widerständige Koalition«, dieses »Netzwerk der Linken (habe) eine heikel-dominante Sicht der Dinge. Als Verlautbarung dominant – heikel, da die beiden momentanen Hauptakteure ihre eigenen Interessen zuvorderst gefördert sehen wollen. Was wiederum viele nicht wünschen.«

Der Status der individuellen Subjekte im Neoliberalismus ist auf der Basis nicht des Fließbands, also nicht fordistisch zu bestimmen, sondern auf High-Tech-Niveau. So scheint es mir nicht sehr treffend zu sein, die Hegemonie des Neoliberalismus aus einer weitgehend »illusionären« Verfasstheit der Individuen herzuleiten, wie dies etwa in Michael Bries Thesenpapier klingt: Einige hingen der Illusion an, die Chancen des Neoliberalismus seien höher als seine Gefahren. Weiter kommt man, zu diagnostizieren, es handle sich bei der neoliberalen Hegemonie um etwas, – wie das in den Brie-Thesen auch an anderer Stelle steht – das Gramsci eine »passive Revolution« nennt, also um die Integration sozialistischer Hoffnungen in eigene Politik. Die Utopie wird ins Diesseits geholt und erscheint genau dort, wo es uns an den Kragen geht. Dies geschieht etwa durch die zentrale Losung der Selbstbestimmung.

Prüfen wir also das Streckbrett, auf dem die Subjekte geformt werden sollen: Peter Hartz z. B., über den sehr viel Aufrührerisches zu sagen ist, vor allem in Bezug auf sein Menschenbild, seine Hetze zum Rennen, Rackern, Rasen, fit, flexibel, fantastisch – die auf dem Taschenspielertrick basiert, den Menschen als Maschine zu fassen, der, da zunächst Säugling, später zu alt, dazwischen auch noch mit zuviel Stillstandszeiten ausgestattet – Schlaf, Urlaub, Sonntage usw., viel besser zu nutzen sein muss, oder ausgemustert gehört, damit die Wirtschaft noch mehr vorankommt – Hartz also, der Hartz IV den Namen gab und die Agenda 2010 entwarf, die weiterhin die Politik bestimmt, obwohl Hartz selbst u. a. wegen Bestechung von Arbeiterfunktionären durch Prostituierte, die er erster Klasse aus Lateinamerika einfliegen ließ, in Misskredit geriet, Hartz arbeitet mit den Gefühlen derer, die Veränderung wollten. Er übernimmt die

Hoffnungsworte der sozialen Bewegungen und fügt aus ihnen das neue Angebot des »Unternehmers« zusammen, der ein jeder durch Wortzauber fortan sein kann: »Arbeitszeitsouveränität – das Ende der Arbeitszeiterfassung ist der erste Schritt zu einer neuen *Mündigkeit*: *Zeiten selbst organisieren*, statt Auftrag und Aufgabe abzuarbeiten. *Vertrauensarbeit* ist der zweite Schritt: *Ziele* setzen und Erfolg abfordern, statt Details zu planen. Die *Revolution* beginnt mit dem dritten Schritt: Arbeit wird neu definiert: Sie umfasst wieder ein *ganzheitliches* Stück Leben: lernen, produzieren, kommunizieren. Etwas bewegen! Der Unternehmer vor Ort nimmt das Schicksal seiner Beschäftigung mit in die Hand. (...) Diese Neudefinition der Arbeit wird ein beherrschendes Thema der Zukunft.«⁷

Sehen wir auch, was alles mit »selbst« zusammengesetzt ist: etwa Selbstorganisation, Selbst-disposition, Selbst-ständigkeit usw., bis das Selbst zum Herrn der Schöpfung mutiert.

Die neoliberalen Einschärfungen des Peter Hartz sind dann jetzt keine Illusion, in dem Sinn, dass sie nicht wirklich gemeint sind, sondern die mit »selbst« verbundene Hoffnung kann in der Wirklichkeit nicht von den Einzelnen, von jedem für sich, sondern nur kollektiv eingelöst werden. Dies fällt leicht unmittelbar auf, wenn man Hartz sagen hört, dass statt Mitbestimmung Selbstbestimmung angesagt sei. Freiheit wird, wenn ebenfalls aufs Individuum bezogen, zur Gegenwehr gegen ein solidarisches Projekt von Gesellschaft.

Oder hören wir Horst Köhler in seiner »konzeptionell intellektuell-geistigen Führung« vor dem Arbeitgeberforum – wo er dem »Kollaps des Sozialsystems« dadurch entgegenwirken will, dass er für die Ordnung einer funktionierenden Gesellschaft in der Globalisierung, einen Rückbezug auf den VW-Käfer als globales Deutschesymbol empfiehlt, und »Leistung, die zu sozialem Fortschritt führt«. Zur Aufgabe der Bürger wird es somit, sich selbst in ein Schnäppchen zu verwandeln im »Free trade« der Ladenhüter – was ja Arbeitslose, die keiner haben will, in dieser Sichtweise sind. Weitere Trainings in 1-Euro-Jobs bauen die Hindernisse der zu hohen Selbstwerteinschätzung ab. *Wohlverhalten* ist Verwohlfleierung seiner selbst. Das heißt bei Köhler, dem Bundespräsidenten: Wohltaten sollen nicht mehr angemahnt werden, und er ruft zur »*Treue*« auf, statt die »Erblast von Kindern und Enkeln zu erhöhen«. Seine Lösung schürzt sich zum Paradox: Mehr Kinder, weniger Arbeiterklasse. Ein moderner Sozialstaat sei mit Mittelkürzungen zu gestalten, nur so habe er das *Vertrauen* der Bürger. Die Hauptkarte sowohl von Hartz wie von Köhler ist die Verdinglichung der Menschen, die Übertragung des Lebens auf die Dinge. Bei Köhler liest sich das so: »Atmende Fabriken, intelligente Arbeitszeitmodelle. Wir müssen um so viel besser sein wie wir teurer sind.« Dafür fordert er von den Unternehmern Begeisterung und Erfolg am Markt gegen dessen moralische Verunglimpfung er sich einzusetzen verspricht. Die Arbeitskräfte sollen miteinander konkurrieren, sich je selbst um ihr Humankapital kümmern, bis sie verängstigt, verunsichert, abgehalftert, arm – jedenfalls diejenigen sind, deren Verhältnisse von ihnen umzustürzen sind. Letzteres spricht allerdings nicht der Präsident.

Neoliberale Hegemonie wird also mit dem Versprechen von Selbstbestimmung gewonnen. Selbstbestimmung gehört zu den zentralen

7 Peter Hartz: Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können, Hannover 2001, S. 21 (Hervorhebung F. H.).

Perspektiven aller sozialen Bewegungen. Befreiung von Abhängigkeiten, Einsperrungen, Fesseln, Sprengung der Verhältnisse, in denen der Mensch ein verächtliches, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist.

Soweit also das Schicksal, wie es von Oben den Subjekten im Neoliberalismus zudedacht ist.

Wie steht es jetzt mit den *Subjekten von unten* betrachtet? Die Bewegung zur selbstbestimmten Lebensführung mit 345 oder 331€ im Monat (Arbeitslosengeld II) kann als persönliches Verschulden erfahren werden, aus der es sich herauszuarbeiten gilt, wenn man unter 50 ist – danach muss man sich einrichten. Wie lebt man davon? Niemand von denen, die das vorschlagen, hat dies je probiert. Dazu lese man etwa Barbara *Ehrenreich* über die immerhin noch besser bezahlten Niedriglohnjobs in denen heute etwa 20 Prozent der Lohnabhängigen in Deutschland arbeiten. Ehrenreich, die sich zu diesen Lohnsätzen verdingt hat, zeigt u. a., wie man die eigene Persönlichkeit verändert, wenn man in diesen Jobs – meist mehreren – sich abrackert, eine ekelhafte Servilität entwickelt, als Verkäuferin bei Walmart etwa Kunden und Kollegen als Feinde wahrnimmt, wohl die Arbeit schafft, aber sich als Mensch aufgeben muss.⁸

8 Vgl.: Barbara Ehrenreich: *Arbeit poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft*, München 2001.

Die Schuljugend

Aber der marktradikale Neoliberalismus hat die menschlichen Hoffnungen bereits viel tiefer zerstört. Er greift über auf den utopischen Impuls, wie Ernst Bloch dies nannte, auf die Zukunftserwartungen, die die gegenwärtigen Schritte lenken, selbst der Schuljugend. In einer in den vergangenen 3 Jahren gemachten Erhebung bei 500 Schülerinnen und Schülern zwischen 8 und 19 Jahren⁹ zeigte sich: Verbreitet ist zwar der Wunsch nach Glück. Schon in früher Jugend bedarf er der Flucht aus dem konkreten Alltag mit seinen Widersprüchen in eine Vereinzelung, in der jeder für sich, niemand für alle tätig wird. Glück wird an Sicherheit geheftet – keine gesellschaftliche Krise und keine Widersprüche, nicht mal Krieg, Terror etc. werden wahrgenommen – auch noch bei den 19jährigen gibt es kein Bewusstsein von Unterdrückung. Die Liberalisierung der gesellschaftlichen Zumutungen an Frauen, hat offenbar dazu geführt, dass die einzelnen Mädchen für sich eine rosige Zukunft ohne Angst für möglich halten, fortwährendes himmelblaues Glück, sanfte Zärtlichkeit, immer hilfreiche Ehemänner, zwei bis drei wunderbare und vor allem schöne Kinder ohne irgendwelche Probleme oder gar Krankheit, ein Halbtagsjob oder weniger, dass Beruf und Familie einander nicht in die Quere kommen. Ein sicheres Wohllleben. Ganz offenbar hebt das Imaginäre ab von theoretisch Gewusstem, ebenso wie von der eigenen Erfahrung etwa mit der Elterngeneration. Das Fazit: Es fehlt an Wahrnehmungs- und Übersetzungsfähigkeiten, die verhindern, dass das Imaginäre, das doch die Schritte der Einzelnen leitet, sich schwerelos über die mögliche Handlungsfähigkeit im Alltag hinwegflüchtet. Dabei fehlt vor allem das Eingreifen, Gestaltenwollen von Gesellschaft und Zukunft völlig.¹⁰

9 Vgl.: Frigga Haug, Ulrike Gschwandtner: *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend*, Hamburg 2006.

10 Übrigens ergab die Veröffentlichung der neuen Pisazahlen vom 4. 11. 2005, dass ca. 25 Prozent der Schuljugend soweit unter dem Durchschnitt liegen, dass etwa die FAZ ihnen die »Politikfähigkeit« abspricht.

Ich formuliere als Antrag an Intellektuelle, hier eingreifende Vorschläge zu machen. Sie sollten darauf abheben, dass die in allen Zukunftsträumen vorherrschende Passivität der Schuljugend – die

Dinge geschehen ihnen, das Schicksal meint es gut, Beruf, Familie, Mann oder Frau, Kinder stoßen ihnen zu, ebenso wie Raubbau an Natur, die ohne sie einfach gegeben ist, durchgearbeitet wird, um stärkeren Personen, die gestaltend eingreifen, Raum zu ermöglichen, sich selbst als Subjekt zu erfahren.

Antonio Gramsci skizziert in seiner Philosophie der Praxis, dass der Umstand, dass Menschen nicht in die Gestaltung eigenen Lebens einbezogen sind, »sie zu politischer Passivität und Ohnmacht bis hin zu völliger Handlungsunfähigkeit bringt«¹¹. Die »wirklichen Menschen« können mithin in intellektueller Unterwerfung und Unterordnung handeln und zugleich auch einer anderen Praxis folgen, kurz: ihr Alltagsverstand ist widersprüchlich. Sie haben zumindest »zwei theoretische Bewusstseine«, eines aus der für sie bestimmenden Praxis, eines, welches sie ohne Kritik aus der Vergangenheit übernommen haben. Dabei kommen die Einzelnen bis zu dem Punkt, »wo die Widersprüchlichkeit des Bewusstseins keinerlei Handlung erlaubt, keinerlei Entscheidung, keinerlei Wahl, und einen Zustand moralischer und politischer Passivität hervorbringt«¹². Es ist notwendig, dass die Einzelnen sich aus solch unlebbarer Zersetzung und Inkohärenz herausarbeiten und sich selbst erkennende und also handlungsfähige Personen werden. Gramsci nennt das »dem eigenen Handeln eine bewusste Richtung« geben. Dafür müssen sie – wie er das nennt – »Philosophen« werden. Das bedeutet für ihn, eine stimmige Weltauffassung erlangen, mit der sie einverstanden sein können. Der einzige Weg, dies zu tun, ist ein gemeinsames soziales Projekt, welches auf Gesellschaftsveränderung gerichtet ist. Dies deshalb, weil die Problematik ihres hinterrücks sie ereilenden Zerrissenseins auch ein Resultat ist, erwachsen aus dem Umstand, dass die Einzelnen am gesellschaftlichen Projekt nicht oder nur in unterwerfener Form beteiligt sind. Dieser Umstand wiederum bedingt die Notwendigkeit von organischen Intellektuellen in diesem Projekt, die den Weg bereiten, dass jede(r) eine Intellektuelle(r) sein kann. Ihre Aufgabe ist es nicht, »eine Wissenschaft ins Individualleben ›Aller‹ einzuführen, sondern eine bereits bestehende Aktivität zu erneuern und ›kritisch‹ werden zu lassen«¹³.

Es ist als schrieben einige der Schülerinnen sich explizit in ein solches Muster der eigenen Passivierung. So gibt es eine recht kurze Notiz, in der sich die Autorin fast passiv imaginiert, obwohl auch sie, wie fast alle, einen Beruf hat. Man kann auch hier gut studieren, wie die Abwesenheit von fast allem Lebenswerten, die genannte Passivität hervorbringt.

Es klingelt der Wecker – wie in den meisten Entwürfen. Sie hat einen Mann und zwei Kinder. Sie macht das Frühstück und bringt die Kinder zur Schule. Früher war sie froh, dass ihre Mutter eine Hausfrau war. Jedoch »heuer ist alles anders. Jetzt müssen beide Elternteile arbeiten, um sich auch etwas leisten zu können. Aber ich versuche trotzdem, so viel Zeit wie möglich mit meinen Kindern zu verbringen und sie auf die Zukunft vorzubereiten. Ab 12 Uhr Mittagspause. Ich fahre nach Hause, bereite ein Schnellgericht vor. (...) Heute hat man nur noch Stress, und alles muss auf die Schnelle gehen. Mein Bruder sagte einmal zu mir: ›Zeit hat man nicht, Zeit nimmt man sich!‹ Aber das funktioniert leider nur mehr am Wo-

11 Antonio Gramsci, a. a. O.

12 Ebenda, S. 1384.

13 Ebenda, S. 1382.

14 Barbara Ehrenreich
a. a. O., S. 18-21.

chenende. Ah, die Kinder sind zu Hause. Es wird gegessen, zusammen geräumt und nun geht es zu den Hausübungen. Ich mache nebenbei die Buchhaltung als Heimarbeit. So vergehen die Stunden und es wird Abend und mein Mann kommt nach Hause. Es wird zu Abend gegessen. Die Kinder gehen ins Bett und mein Mann und ich machen es sich gemütlich vor dem Fernseher. Später gehe ich zu Bett und wünsche eine *gute Nacht*.«¹⁴

Viele Texte machen es schwer, sich nicht erhaben von der berichteten Nichtigkeit abzuwenden, sondern statt dessen solche Zeugnisse ernst zunehmen als Alarmzeichen, die allseits nach eingreifender Hilfe rufen in die schulübliche Pädagogik, in die Möglichkeiten, Fantasie zu entwickeln, selbst aktiv zu werden, das Leben in eigene Hände zu nehmen.

Im Ganzen aber müssen wir wohl für die kommende Generation konstatieren, dass die Saat: »jeder für sich, niemand für alle« aufgegangen zu sein scheint.

Und wie ist es mit den Erwachsenen?

Der Neoliberalismus hat u. a. auch eine weitere Gattung hervorgebracht: die Selbstunternehmer und Ich-AGs mit staatlicher Anschubfinanzierung auf kleinem Niveau. Dies wird in der FAZ »Eigentümergeellschaft« genannt. Eine erste empirische Untersuchung zum Thema »Spaß an Selbständigkeit« erbrachte knapp zusammengefasst folgende These: Unter heutigen Bedingungen funktioniert Selbständigkeit nur, wenn man alle Sinnesorgane von der Wahrnehmung der Welt abschottet und seine Lebensenergie in Werbeprospekte über sich selber steckt. Die neoliberale Anrufung hat sich so als eine Art Selbstzerstörung in den Einzelnen etabliert:

Unverbindliche Schlussfolgerung

Eine Verbindung von Alltag, von Einzelnen mit dem Gesellschaftsganzen ist eine dringliche Aufgabe – aufs Teuflischste ist ins neoliberale Projekt die Vereinzelung, die Abkopplung vom Gesellschaftsganzen, die Selbstbezüglichkeit eingebunden als Verzicht, das Ganze überhaupt auf sich bezogen wahrzunehmen, geschweige denn, sich dafür bzw. für Veränderung einzusetzen. Ein Haupteffekt des Neoliberalismus ist also diese Vereinzelung, jede und jeder in Konkurrenz zum Nächsten, jede und jeder für sich, bis zu dem Punkt, dass es keinem mehr einfällt, ein kollektives Projekt, solidarische Vergesellschaftung auch nur zu denken, geschweige denn für realisierbar zu halten.

Bei näherem Hinsehen zeigen sich die meisten offiziellen Empfehlungen an die Politik als *Paradoxien*. So wenn geklagt wird, dass pro Tag 1 000 Menschen ihren Job verlieren und deswegen der Kündigungsschutz entfernt werden müsse. Wenn der Exportüberschuss im gleichen Maß wächst wie Arbeitsplätze verschwinden, wenn ein Airbus nach China einen Import von 100 Millionen Hemden aus China nach sich zieht, was die europäische Textilindustrie bis Marokko ruiniert. Dies alles zeigt, dass sich die kapitalistische Ökonomie gegen die Gesellschaft verselbständigt und wir uns ganz offenbar an einer historischen Grenze des Kapitalismus befinden.

Linke Politik müsste demnach die Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie in eine des Kapitalismus überführen, Schritt um Schritt. Es gilt, alle Lösungen, die Kapitalismus im Einzelnen überschreiten, sozialistisch einzubetten. Die Tagesaufgabe also ist, einen gemeinsamen sozialistischen Horizont aufzumachen. In dieser Weise ist an den Grenzen des Kapitalismus entlang die Unterstützung aller Projekte geboten, die etwas gesellschaftlich Sinnvolles gemeinsam tun, nicht am Markt, sondern am Gemeinwohl orientiert. Auch das meint Neuerfindung des Politischen.

Michael Brie plädiert in seinen Thesen für mehr Bürgerrechte bei Veränderung der Verteilungsverhältnisse – nicht immer mehr Reichtum bei immer mehr Armut. Es fehlt bei diesen richtigen Vorschlägen noch eine Darstellung, wie das Menschenbild des Neoliberalismus aussieht, wie Sprachlügen die Politik bestimmen, sodass auch Spracharbeit zu den dringlichen Politiken gehört, wie wirklich Hegemonie gewonnen wird, wie also Gegenhegemonie errungen werden kann. Ich habe weiter oben zu diesen Punkten einiges vorgeführt. Es kommt, so denke ich, auch darauf an, die Unteren sprechen zu lassen, herauszufinden, welche Alternativen sie denken, sie zu gewinnen, sie ans Werk zu lassen. Man wird niemanden überzeugen, der sich nicht selbst überzeugt. Wie also ermittelt man z. B. das »soziale Interesse der Unteren«, von dem die Rede ist? Und was ist neben offenkundigen Ausfällen von Rechts der neue Rassismus? So fanden wir (eine Hamburger Frauengruppe) etwa in einem weiteren empirischen Projekt zum *Rassismus unter uns* heraus¹⁵, dass die allgemein gepriesene kulturelle Toleranz genau die Eintrittskarte ist, die die nötige Kooperation in der Arbeit mit gutem Gewissen verhindert.

Es kommt mir nicht einmal ganz zutreffend bestimmt vor, ein Bündnis von Mitte und Unten anzuzielen. In der Mitte finden sich auch Rechte, CDU-Wähler, Antisozialisten usw. Wäre nicht statt einer solchen soziologischen Bestimmung das Bündnis ethisch auszudrücken, also der Schlüssel zu progressiver Politik die Schaffung einer strategischen Allianz zwischen erfolgreichen Modernen und Unterprivilegierten – also Lehrern, linken Christen, sozial Verantwortungsbewussten?

So komme ich zum Schluss noch ein weiteres Mal zu Rosa Luxemburg, die praktisch unaufhörlich daran arbeitete, die Auffassungen der Vielen zur Kenntnis zu nehmen, über die Machenschaften der Oberen zu informieren, ihre Sprache zu zerlegen, die Unteren zu gewinnen. Freilich konnte sie dafür eine weit verbreitete Presse nutzen, die es auch heute unbedingt braucht. Ein Schritt wäre es also auch, die wenigen bisherigen linken Organe zu aggregieren. Studiert man die fast täglichen Einmischungen von Luxemburg, erkennt man, dass eine eingreifende Politik gegen Unterdrückung es in erster Linie mit den unterdrückten Menschen selbst zu tun hat, damit sie ihr Schicksal in eigene Hände nehmen, sich einmischen. Es gilt also um Bewusstsein, um Haltung, gegen Subalternität zu streiten. Die Einzelnen sind nicht frei, Gesellschaftsgestaltung, Geschichte in eigene Hände zu nehmen. In Ausbeutungsverhältnissen sind sie ohne gesellschaftliche Macht, zudem an Gewohnheiten, an die Enge häuslichen Lebens oder rigoroser Arbeitsteilung gefesselt.

15 Vgl.: Birgit Carstensen, Karen Haubenreisser und Frigga Haug: Willkommen in der Freizeit – Ausgrenzung in der Arbeit. Werkstattbericht über Konstruktionen von Fremdheit und Integration, in: Forum Kritische Psychologie 49, Hamburg 2006, S. 124-139.

So stehen ihren gestaltenden Eingriffen nicht nur die Produktionsverhältnisse entgegen, wie man sich äußere strukturelle Faktoren denkt, sie stehen sich auch selbst im Wege, da sie auch als Subalterne nicht untätig sind, sondern eben als solche an den Fesseln mitgeschmiedet, die sie halten. Das Problem des politischen Eingriffs, des Politikmachens stellt sich also für Luxemburg auf verschiedenen Ebenen: auf der der Produktionsverhältnisse – sie verfasst scharfe kapitalismuskritische Analysen, bis sie zu dem Resultat kommt, dass auch deshalb Einhalt geboten werden muss, weil der Kapitalismus in eine so mörderische Zukunft hineinrast, mit Hunger, wachsender Armut auf der einen Seite, unermesslichem Reichtum auf der anderen und immer weiter mit der Verelendung der Dritten Welten und Krieg (eine Vision, deren Zeitzeugen wir sind), dass es am Ende nur ein entweder/oder gibt: »Sozialismus oder Barbarei«. Das liest sich so: »Der Sozialismus ist Notwendigkeit geworden nicht bloß deshalb, weil das Proletariat unter den Lebensbedingungen nicht mehr zu leben gewillt ist, die ihm die kapitalistische Klasse bereitet, sondern deshalb, weil, wenn das Proletariat nicht seine Klassenpflichten erfüllt und den Sozialismus verwirklicht, uns allen zusammen der Untergang bevorsteht.«¹⁶

16 Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 496.

Trotz der sprachlichen Wendungen, die den Text als Vergangenen zeichnen, bleibt gleichwohl aktuell verständlich, was gemeint ist. Das Politikmachen stellt sich auf der Ebene des »Volkes«, der »Masse«, der »Menge«, deren Aufgabe der Umsturz der Verhältnisse, das Gebot des Einhalts ist. Wir könnten heute diese Ebene die des Politisch-Kulturellen bis hin zum Eingreifen in die Frage von Persönlichkeiten, also auch des Psychischen nennen. Luxemburgs Grundgedanke ist: Die sozialistische Umgestaltung kann nur ein Werk der Massen sein, die dafür allerdings geschult sein müssen.

»Heute, wo die Arbeiterklasse sich selbst im Laufe des revolutionären Kampfes aufklären, selbst sammeln und selbst anführen muss (...)«¹⁷ oder: »Mit der Psychologie eines Gewerkschaftlers, der sich auf keine Arbeitsruhe bei der Maifeier einlässt, bevor ihm eine genaue bestimmte Unterstützung für den Fall seiner Maßregelung im Voraus zugesichert wird, lässt sich weder Revolution noch Massenstreik machen. Aber im Sturm der revolutionären Periode verwandelt sich eben der Proletarier aus einem Unterstützung heischenden vorsorglichen Familienvater in einen ›Revolutionsromantiker‹, für den sogar das höchste Gut, nämlich das Leben, geschweige das materielle Wohlsein im Vergleich mit den Kampfidealen geringen Wert besitzt.«¹⁸

17 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Gesamtelte Werke, Band 2, Berlin 1972, S. 148.

18 Ebenda, S. 133.

Die für diesen Prozess bzw. sein Resultat gebrauchte Vokabel ist Reife. Dieses Wort wurde im Diskurs der damaligen Arbeiterbewegungsführung immer wieder als ein Zustand aufgefasst, auf den gewartet werden sollte; sie aber denkt ihn als eine Art »Selbstentwicklung«, die in der Bewegung ruckhaft geschieht und von der Partei unterstützt werden kann. Demgemäß ist auch diese Schulung zuallererst eine Handlung der Massen selbst, sofern sie in Bewegung sind. »Die Masse muss, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen.«¹⁹

19 Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag, a. a. O., S. 509 f.

So schließen wir, dass es beim Politikmachen um die Ebene von Partei und Bewegungen geht, ein Zusammenhang in dem wir unsere

Vorstellungen entfalten müssen, wie aus den Einzelnen, die an der eigenen Unterdrückung aktiv teilhaben, Menschen werden, die sich so verändern, dass ihnen die Veränderung der Gesellschaft zu einer Stätte, in der Gerechtigkeit und Freiheit bestimmend sind, lebensnotwendig wird. Wiewohl man denken könnte, dass Luxemburg am ehesten mit ihrem energischen Eintritt für Führung und für Partei veraltet ist – schließlich sind beide Begriffe nicht zuletzt durch die Geschichte der staatssozialistischen Länder dermaßen in Verruf gekommen, dass schon ein Nachdenken über organisierende und zusammenfassende Kräfte auf Widerstand bei uns stößt, – sind ihre Vorstellungen bei näherem Studium überraschend aktuell und brauchbar. Die Führung gibt den Massen »politischen Ausdruck, Lösung und Richtung«, aber sie dient den Massen, nicht umgekehrt. Die politische Leitung übernehmen heißt, »dass in jeder Phase und jedem Moment die ganze Summe der vorhandenen und bereits aufgelösten, betätigten Macht des Proletariats realisiert wird (...) nie unter dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses«.²⁰

20 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre), in: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin 1974, S. 149.